

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 170 Mark. Bestellungen nehmen die Ausdräger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erhalten monatlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramm: Tageblatt Auergebirge.

Bezugspreis für den Abonnement: Bestelle für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30.00 Mark, auswärtsige Anzeigen 35.00 Mark, Restliche Postgebühren 40.00 Mark. Bei größeren Abnehmern entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 256

Donnerstag, den 2. November 1922

17. Jahrgang

Mehr Aktivität!

Es war auf der Brüsseler Finanzkonferenz, wo der als amerikanischer Beobachter jetzt mit der Reparationskommission in Berlin weilende Herr Boyden den europäischen Vertretern die Worte zurief: „Schafft erst Ordnung in eurem eigenen Hause durch eigene Kraft! Macht es, wie wir es gemacht haben! Das Rezept ist einfach: Schließt euch zusammen zu den Vereinigten Staaten von Europa! Um Steier ist es, dem Besiegten die Hand zu reichen! Aber Geld von uns? Nur keine überflüssigen Illusionen! Das haben wir nicht dazu erworben, um es in faulen Geschäften wieder aufs Spiel zu setzen!“ Seitdem Herr Boyden diese Worte sprach, sind fast zwei Jahre ins Land gegangen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind noch heute ein schöner Traum; die Mahnung, daß der Sieger dem Besiegten die Hand reichen solle, noch heute eine unerfüllte Hoffnung, und die Erwartung, daß die Vereinigten Staaten das Gleichgewicht des europäischen Haushalts durch Schuldennachlaß oder aktive Stützungsaktivität in Ordnung bringen werden, noch heute eine „überflüssige Illusion“. Gerade jetzt wieder wird aus dem Weißen Hause erklärt, daß ein Schuldenerlaß keine Lösung des Problems darstelle. Die Mahnungen Boydens, die noch heute Allgemeingültigkeit haben, sind fruchtlos geblieben. Die Versumpfung des europäischen Wirtschaftslebens hat ungeahnte Fortschritte gemacht, die Fieberhitze ist bis auf tödliche Grade gestiegen und die Blutzirkulation beginnt zu stocken, wenn nicht endlich tatkräftig Hand angelegt wird.

Die Frage ist berechtigt, ob wir seitdem selbst alles getan und nichts unterlassen haben, um Ordnung in unserem Hause durch eigene Kraft zu schaffen. Gewiß — an gutem Willen hat es der Reichsregierung nicht gefehlt. Unzählige Versuche sind gemacht worden. Die Zahl der Beratungen am Krankenbette des deutschen Wirtschaftskörpers, der Gesetze und Verordnungen, kurz der Medikamente, darunter auch falscher (wie z. B. die Devisenordnung, mit deren Abänderung, nebenbei gesagt, die Arbeitsgemeinschaft sich keinesfalls für die Zukunft festgelegt und nur bis zum Erlaß eines Devisengesetzes einverstanden erklärt hat) ist unübersehbar. Aber niemals ist man der Krankheit im Ganzen zuleibe gegangen, sondern nur einzelnen ihrer Symptome. Niemand wurde an dem Patienten eine Radikalur versucht, sondern nur mit Palliativmitteln operiert. Mit Vorbeugungsmaßnahmen, damit die Krankheit nicht weitere Teile des Körpers ergreife, und Mixturen, die nicht kräftig genug waren, den fortgeschrittenen Krankheitsprozeß aufzuhalten. Kurz gesagt: man hat wohl stets das Elektrolyt zu bekämpfen gesucht, aber nicht die Krankheit. Was uns fehlt und fehlt, ist ein entschlossener Arzt oder anders ausgedrückt: Aktivität.

Jetzt plötzlich sucht man sie zu entwickeln. Regierung und Parteien treten mit Programmen auf, und das zu einer Zeit, die so ungünstig wie nur möglich ist. Da gleichzeitig die Reparationskommission, ausländische Sachverständige und inländische Experten in Berlin versammelt sind und in getrennten Sitzungen über denselben Heilungsprozeß beraten. Keine eben glänzende Regie. Statt eines einheitlichen, geschlossenen Willens des deutschen Volkes sehen sie verstreute Meinungen. Rindlich, wenn die Sozialdemokraten behaupten, mit dem Silberdingischen Währungsprogramm allein den Stein der Weisen gefunden zu haben. Gewiß ist die Stabilisierung der Mark mit das vornehmste Ziel. Aber das Währungsproblem ist untrennbar von dem Wirtschaftsprobleme, ist nicht die Aktion, sondern nur ein aktives Programm auf dem Gebiete der Reparation. Zum mindesten müssen beide parallel gehen; allein es durchzuführen, ist undenkbar. Eine Stabilisierung der Währung auf dreieinhalb Monate oder auch für diesen Winter ist ein Unding. Auch Reichsbankpräsident Hakenstein hat soeben erklärt, daß einer auf diese Weise erzielten vorübergehenden Besserung ein um so rapider Absturz folgen müßte. Was uns fehlt, ist nicht allein ein Währungsprogramm, sondern ein innerpolitisches, ein außenpolitisches und ein Wirtschaftsprogramm. Nicht nötig, daß sich damit jetzt die Repko oder auch die kommende Brüsseler Konferenz ohne weiteres einverstanden erklärt. Aber die Welt muß einmal sehen, daß wir wenigstens ein Programm haben, daß wir selbst brauchbare Heilverfahren machen. Die Mark fällt immer weiter, die Preise klettern ins Ungemessene. Mit dem Gehen- und Bekommenlassen ist nichts getan. Die Erbitterung im Volke ist längst in Verbitterung umgeschlagen. Sie treibt Wasser auf die Mühlen der extremen Flügelparteien, die aus dieser Wirbelsäule Honig saugen. Die Spuren Italiens schreien. Man darf vom Volke nicht immer nur Gebuld verlangen, muß ihm endlich auch etwas bieten, muß die Währung in der Hand behalten. Der Schmiß der deutschen Wirtschaft muß hompfe sein, nicht Umstoß, muß Kraft haben zur Besserung und Durchsetzung von Notwendigkeiten. Die Wä-

ren jetzt keine Krisen innerhalb des Reichsministeriums und innerhalb der politischen Parteien brauchen. Die wirtschaftliche Problematik braucht Männer, braucht Köpfe. Wenn sie nicht vorhanden sind, müssen sie gesucht werden. Es ist höchste Zeit, daß der parteipolitische Streit zurücktritt und die Parteien sich auf ein einziges starkes aktives Programm einigen. Darin wird nicht fehlen dürfen die strenge Forderung auf Einsparnisse, nicht zuletzt in unserem gewaltig aufgeblähten Beamtenapparat. Nicht fehlen wird dürfen die unbedingt notwendige Steigerung der Produktion. Niemand denkt an einen Abbau des Achtstundentages. Aber der schematische Achtstundentag ist ein Hemmschuh unserer Wirtschaft. Die Gewerkschaften haben sich längst bereit erklärt, eine andere Regelung zuzulassen, sofern sie nur durch den Tarifvertrag festgesetzt wird. Nur die Sozialdemokratie als politische Partei fürchtet sich noch immer, an dieses heiße Eisen zu rühren. Aber sie muß endlich dem Gebot der Stunde sein Recht geben und auf die Massen erzieherisch und aufklärend wirken. Gewiß hat der Produktionsrückgang auch seine psychologischen Ursachen in unserer heutigen Verelendung. Aber auch Preußen hat sich groß gehungert. Jedenfalls muß endlich gezeigt werden, daß wir wollen und was wir wollen. Darum Kampf in den Kessel und entschlossene Zusammenarbeit!

Beginn der Verhandlungen der Repko.

450 Milliarden Defizit im deutschen Budget.

Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission berichtet das B.D. folgendes: Die erste Verhandlung mit der Reparationskommission verlief in höchst sachlicher Form. Der Vorsitzende der Kommission Barthou erklärte, daß

1. die Balancierung des Budgets,
2. die Frage der schwebenden Schuld und
3. die Stabilisierung der Mark

die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtigt nicht, die deutsche Souveränität anzutasten. Sie hoffe aber auf die lokale Zusammenarbeit und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher abersieht läßt. Es interessierten besonders die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 450 Milliarden betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe.

Die Berliner Währungskonferenz.

Die von der Reichsregierung zur Teilnahme an der Währungskonferenz nach Berlin eingeladenen ausländischen Finanzsachverständigen sind in Berlin versammelt. Unmittelbar nach dem Empfange wird sich der Beginn der sachlichen Beratungen über die Möglichkeiten für eine Stabilisierung der deutschen Währung anschließen. Die meisten der ausländischen Sachverständigen haben als Sachverständige der Finanz- und Währungsfragen an der Konferenz von Genua teilgenommen. Von deutscher Seite werden an der Konferenz der Reichsbankpräsident Hakenstein, Staatssekretär Schröder und einige hervorragende Vertreter der Bankwelt, u. a. Dr. Urbig, v. Mendelssohn, sowie der Berliner Universitätsprofessor Schumacher teilnehmen.

Mittelstandspolitik

Der gewerbliche Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel waren seit Beginn der heutigen Wirtschaftsordnung stets die lebendigsten Repräsentanten liberaler und sozialer Wirtschaftsgestaltung. Nirgends sonst ist so nachdrücklich der Kampf gegen alle Reglementierung, Paragrafierung und Organisierung der Wirtschaft geführt worden. Nirgends sonst ist durch Kunstgewerblichen Einschlag so augenfällig die Zusammenführung von Wirtschaft und Kultur herbeigeführt. Und keine der Erwerbsgruppen übertrifft den gewerblichen Mittelstand in seiner erzieherischen Wirkung auf die Entfaltung der Persönlichkeitswerte des Einzelindividuum, keine übertrifft ihn in der praktischen Betätigung des Ausleseprinzips, der Sicherung des Aufstiegs des Tüchtigen.

Die elementaren gesellschaftlichen Kräfte, die in ihm ihren Repräsentanten finden, sind einmal Wesen und Inhalt seiner staatsrechtlichen, staatsbildenden Funktion, haben ihn zum anderen beschäftigt, mit besonderer Lebendigkeit alle Experimente auf dem Gebiet der Sozialisierung und Kommunalisierung ab abstrudeln zu

führen. Kein Zweifel, daß der gewerbliche Mittelstand in den Räten der Krieges- und jetzigen Übergangswirtschaft schweren Schädigungen ausgesetzt war. Aber auch kein Zweifel, daß überall da, wo staatlicher Eingriff künstliche Organismen mit der Wahrnehmung seiner Funktionen betrauen wollte, die Unausführbarkeit seines Wesens angelehrt der staatswirtschaftlichen Misserfolge deutlich in Erscheinung trat.

Liberaler und demokratischer Gedankengänge haben den gewerblichen Mittelstand in Verlegenheit schwerer Bedrängnis auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Hier, in der Eigenorganisation seiner Kräfte hat er sich das Rückgrat geschaffen, das ihn befähigt, gegenüber großen Existenzgefahren sich durchzusetzen. Nichts würde dem Wesen des Berufsstandes stärker widersprechen, als der Ruf nach Staatshilfe, nach besonderer wirtschaftspolitischer Bevorzugung, nach feuerlicher Sonderbehandlung usw. Und nirgends wäre auch ein solcher Ruf unnütziger als im demokratischen Staate.

Es besteht vielleicht nirgends eine so starke innere Harmonie zwischen Wirtschaft und Staat, wie in dem Verhältnis zwischen Mittelstand und deutscher Demokratie. Es ist kein Zweifel, daß die Agitation der dem heutigen Staat feindlichen Parteien sich so außerordentlich um den Mittelstand bemüht, da sie wissen, daß hier eine der stärksten Stützen des heutigen Staates ihnen gegenüber steht, die — unabhängig von ihrer parteipolitischen Einstellung — durch ursprüngliche Kräfte und ideale Verwandtschaft dem demokratischen Staat eng verbunden ist. Antisemitische Propaganda und wirtschaftspolitische Schaumschläger sollen den Mittelständler seinen eigenen Grundlagen entfremden, sollen ihn, der in seiner ruhigen zielbewußten Pflichterfüllung, in der qualitativen Steigerung seiner Arbeitsleistung, in der Erziehung der wirtschaftlichen Nachwuchs der lebendige Beweis für das gedeihliche Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft ist, staatsfremd, staatsfeindlich machen.

Aber solches Bemühen muß erfolglos bleiben! Die starke Anteilnahme führender Persönlichkeiten des gewerblichen Mittelstandes an der Arbeit der Deutschen Demokratischen Partei, das praktische erfolgreiche Wirken der demokratischen Fraktionen im Reich, in den Ländern und den Gemeinden für eine gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik und darauf aufbauend die regame Ausgestaltung des beratend mitwirkenden Mittelstandsausschusses beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei ist lebendiges Zeugnis dafür, daß der deutsche gewerbliche Mittelstand weiß, wofür er in Ausübung seiner wirtschaftlichen und politischen Verantwortung zu gehen hat. Die deutschen Mittelständler rufen wir auf, um des Wiederaufbaues von Staat und Wirtschaft willen, im Dienste der Sicherung ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, sich zu freudiger Mitarbeit in dem demokratischen Mittelstandsausschuß zusammenzufinden, und in dieser Körperschaft der Verbindung von Wirtschaft und Politik zu dienen, den Arbeiten ihrer Fachorganisationen gelebte Unterstützung zu verschaffen.

Kleine politische Meldungen.

Steigerung der Arbeitsleistung? Der Brief August Thyssen an den Reichstagspräsidenten, in dem er bittet, bei der Arbeiterschaft darauf hinzuwirken, daß mehr Arbeit geleistet werden müsse, um Deutschlands schwere Lage zu verbessern, ist geschrieben worden, nachdem Thyssen mit Steigerwald über die Möglichkeit der Arbeitsverlängerung gesprochen hat. Hieraus schließt man in politischen Kreisen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht abgeneigt sind, in die Befestigung des Achtstundentages einzuwilligen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß mehr Arbeit geleistet werden wird, nachdem die Arbeiterschaft sich schon in mehreren Fällen und in verschiedenen Industrien zu Ueberschritten entschlossen hat.

Die Reichsregierung für Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich. Bei den Besprechungen mit der Reparationskommission wird die Regierung aufstellen, daß die Kohlenlieferungen nach Frankreich eingestellt werden.

Die Industrie gegen die Kohlenlieferungen. Die Industrie ist allgemein der Auffassung, daß hinsichtlich der vermehrten Kohlenlieferungen der Entente energischer Widerstand geleistet werden muß. Man ist der Ansicht, daß das Verschonen von Ueberschritten im Bergbau nichtig wurde, um die Industrie aufrechtzuerhalten und den nötigen Bedarf des deutschen Hausstandes zu decken.

Industrie und Landtagswahl.

Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller erklärt für die Landtagswahlen nachstehende Richtlinien:

1. Für die bevorstehende Landtagswahl muß die sächsische Industrie gemeinsam mit allen Kreisen, die unter den Folgen der überlängten verkehrten und einseitigen Wirtschaftspolitik in Sachsen und im Reich leiden, alle Kräfte und die äußerste Anspannung daran setzen, daß in Sachsen der einseitigen Klassenherrschaft der sozialistischen Regierung ein Ende bereitet wird. Es ist ein unmöglicher

Sachverhalt, daß in Sachsen bisher mit Hilfe einer sogenannten „Reichsregierung“ von einer Stimme ein ganzes Land von den ansehnlichen Vertretern der Arbeiterklasse regiert worden ist und daß alle anderen Stände, Industrie, Handel und Landwirtschaft, Beamte, Angestellte, das gesamte Bürgertum und die Arbeiter, soweit sie sozialistischen Kreisen fernstehen, mundtot, reglos und einflusslos gemacht worden sind!

2. Wir erwarten von dem neuen Landtag und von einer neuen Regierung, daß sie die schwer leidende Wirtschaft Sachsens fördern und nicht wie bisher durch sozialistische Mißwirtschaft und Dilletantismus hemmen. Wir brauchen positive Arbeit für die Steigerung der Produktion, nicht negative Wirtschaftstheorie. Wir fordern im einzelnen:

1. die Politik der aufbauenden Arbeit durch Wegfall aller die Produktion unnötig hemmenden Verbote, Einschränkungen, Kontrollen. 2. Die unbedingte Sicherheit für die Produktion, Schutz gegen alle Akte des Terrorismus, der Willkür und Freiheitsberaubung, der rohen Gewalt gegen Arbeitende in Unternehmern, Angestellten und Arbeiterschaft, Schutz der Verhandlungsfreiheit, Sicherung bei den Tarifverhandlungen gegen Terrorisierung durch das Eindringen gewalttätiger Krotten. Schutz gegen alle unrechtmäßigen Eingriffe in die Betriebsführung und die Disziplinarrechte der verantwortlichen Betriebsleitungen. 3. Befestigung der politischen Stimmengerechtigkeit; Bevorzugung der wirtschaftlich Tätigen, aber Zurückhaltung gegenüber den nur „Bestimmungsgläubigen“ in Regierung und Verwaltung. 4. Achtung vor geistiger Arbeit und beruflicher Vorbildung, vor dem Fleiß, der sich für Facharbeit und verantwortliche Stellungen im Staat jahrelang ausbildet und vorbereitet. Förderung eines Schulwesens, das bildet und erzieht, aber nicht sozialistisch abrichtet! 5. Höchste Anforderung an Charakter, Vorbereitungs-, Bildungs- und Wissen für alle diejenigen, die zur Leitung des Staates und seiner Organe bereit sein sollen. 6. Keine steuerlichen Sonderbelastungen, welche die sächsische Industrie gegenüber den außer-sächsischen Reichsgebieten im Wettbewerb benachteiligen.

8. Wir fordern, daß der Staat Sachsen seinen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Reiches so geltend macht, wie es der hohen industriellen Bedeutung Sachsens entspricht. Mehrere Hunderttausend Angestellte und Arbeiter in Sachsen samt Angehörigen sind mit ihrem Wohl und Wehe untrennbar mit dem Wälzen der sächsischen Ausfuhrindustrie verknüpft.

Sachsen muß im Reich insbesondere dafür wirken, daß 1. der Aufschwung der Wirtschaft nicht durch die in anderen Ländern eintretende Rezession im Gesamtmarkt so verhängnisvoll zurückgegangene Ausfuhr mit allen Kräften gefördert, vor allem auf ihr laufendes unentgeltliches Vermögen befreit werden. 2. Wir müssen im Reich für den Abschluß günstiger Handelsverträge und für die Befestigung aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die dem entgegenstehen, eintreten. Zu fordern ist ferner Leistungssteigerung bei der Eisenbahn und eine den Verkehr fördernde Tarifpolitik. 3. Für sofortige Aufhebung der Demobilisierungsverordnungen; 4 Jahre nach Beendigung des Krieges muß man endlich aufhören können, zu „demobilisieren“. 5. Einschränkung der überflüssigen Ämter und des zu großen Beamtenapparates. Es ist zu warnen vor einer Belegschaft, die immer neue Behörden, Ämter, Stellen, Beamtenstellen, Ausschüsse, Verwaltungsräte schafft. Verheerete Sparanstrengungen, wie sie der allgemeinen Notlage und den ruinierten Finanzen im Reich, Staat und Gemeinden entspricht. 6. Sparnämste Verwaltung der öffentlichen Betriebe nach erprobten, privatwirtschaftlichen Grundsätzen und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

4. Während der Herrschaft der sozialistischen Regierung hat Sachsen schwer darunter gelitten, daß Regierungs- und Landtagsmehrheit nicht für einen Ausgleich der Klassengegensätze, sondern auf Klassenkampf und Trennung der zum Zusammenwirken bestimmten Kräfte bedacht war. Die Not der Reichsbevölkerung und die Arbeitsgemeinschaft aller Stände des Volkes in Sachsen wie im Reich. Dafür gilt es bei der Landtagswahl zu kämpfen.

Von Stadt und Land.

Am 2. November 1922.

Erstakt am 5. November eure Wahlpflicht! Der 5. November entscheidet auf vier Jahre über Sachsens Schicksal. Jeder Wahlberechtigte muß an diesem Tage zur Wahlurne schreiten. Es ist zu erwarten, daß alle Wahlberechtigten, die am nächsten Sonntag einen auswärtigen Besuch, einen Ausflug oder sonstige Vergnügungen vorhaben, sich mit ihrer Reise so einrichten, daß sie vorher gewähnt haben. Die Wahllokale sind von 8 Uhr an geöffnet. Wer aber unbedingt verreisen muß und am Wahltag nicht am Orte weilt, unterlasse auf keinen Fall, sich einen Wahlzettel ausstellen zu lassen. Zuständig dafür ist die Gemeindebehörde, die bis zum Tage vor der Wahl zur Ausstellung eines Wahlzettels verpflichtet ist.

Politisches Nachrichtenwesen. Am 1. Oktober ist eine Landeszentrale für politisches Nachrichtenwesen eingerichtet worden, das dem Ministerium des Innern unmittelbar untersteht. Leiter ist Oberregierungskommissar Merck. Außerdem sind Bezirksstellen im Lande eingerichtet worden.

Verkehrsfrage in Sachsen. Der überaus starke Herbstverkehr wurde in der zweiten Hälfte des Oktobers in den höheren Lagen durch Frost und Nebel beeinträchtigt. Der Kartoffel- und Futterrübenverkehr ist in vollem Gange. Es war möglich, die Wagenanforderungen für den Versand dieser Güter und die Brennholze mit geringen Ausnahmen zu befriedigen. Auch die sonstigen Vorratsgüter (Getreide, Mehl und andere Nahrungsmittel) konnten im großen und ganzen fortgebracht werden. Bei dem hohen Wagenbedarf für diese Güter konnten die Anforderungen an Wagen für andere Güter nicht voll befriedigt werden. Da die Abgabe bedeckter Wagen nach den Kartoffelverladegebieten noch weiter gefördert werden muß, um die Ernte vor dem Eintritt starker Froste heranzubringen, wird sich auch in der nächsten Zeit die Wagenengelage kaum bessern. Der Eingang an Kartoffeln sowohl in Wagenladungen wie als Stacks war so stark, daß einzelne Ladungen und Güterböden überfüllt waren.

Einkaufung der staatlichen Kraftwagenlinien. Die außerordentlich starke Entwertung der Mark in den letzten Wochen hat zur Folge gehabt, daß die Kosten für den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinien sprunghaft zugenommen haben. Während sie im September 75 Mark und im Oktober 100 Mark betragen haben, muß für den November mit einem Satz von über 200 Mark für einen Kilometer gerechnet werden. Da die letzten Tarifverhandlungen außerdem eine starke Abmilderung gezeigt haben, so sind die Zuschüsse des Staates für den Betrieb der Kraftwagenlinien in noch höherem Maße gewachsen, als die Ausgaben zugenommen haben. Die Zuschüsse, die im Sommer noch eine verhältnismäßig geringe Summe betragen haben, sind im September auf etwa 4 Millionen Mark, im Oktober auf etwa 9 Millionen Mark gestiegen und werden im November die außerordentliche Höhe von 15 Millionen Mark erreichen. Da es nicht angängig ist, daß der Staat veranlagt habe

Zuschüsse, die nur einem verhältnismäßig geringen Teil der Bevölkerung zugute kommen würden, auf Kosten der Gesamtheit der Bevölkerung noch Verfügung stellt, hat sich das Finanzministerium leider genötigt gesehen, den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinien im allgemeinen einzustellen. Es wird nur möglich sein, einige wenige Linien weiter im Betrieb zu behalten, die sich vorzugsweise selber tragen. Da die Einstellung der Kraftwagenlinien nur infolge der außerordentlich starken Verschlechterung des Markwertes nötig geworden ist, so wird auch damit gerechnet werden können, daß ein großer Teil der Linien wieder in Betrieb genommen wird, sobald sich die heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich geändert haben. Aus diesem Grunde werden auch das große Wagenmaterial und die sonstigen Einrichtungen des Kraftwagenbetriebes beibehalten werden und es wird gleichzeitig versucht werden, einen Teil der Kraftwagenführer in der Zwischenzeit mit anderen Arbeiten nutzbringend zu verwenden. Der Tag der Einstellung der einzelnen Linien wird noch bekannt gegeben. Die der Postbeförderung dienenden Linien Königstein-Schweizermühle, Freiberg-Weißborn, Hirschfeld-Weißdorf, Wittweiba-Surgstädt-Umbach, Juidau-Wildenfels, Aue-Bischolau und Plauen-Robersdorf-Eibenstock werden mit den letzten Fahrten am 12. November, alle übrigen Linien bereits am 6. November 1922 stillgelegt.

Vorbeugende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Reichshauptmannschaft Juidau läßt durch die Gewerbestämme folgenden Rundschreiben bekannt geben: „Der ungünstige Geschäftsgang in der Textilindustrie, namentlich in der Gegend von Werdau, Grimmitzschau, Kuerbach, Plauen und Juidau, läßt Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen befürchten. Um bei solchen durch die Umstände notwendig gewordenen Entlassungen Härten nach Möglichkeit zu vermeiden, werden die Empfänger dieser Verfügung angewiesen, auf die Arbeitgeber in dem Sinne verständigen einzurücken, daß zunächst den verheirateten Frauen, deren Ehemänner ausreichenden Verdienst haben, und den weiblichen Arbeitern, die in zwei Wochen ihre Niederkunft zu erwarten haben, gekündigt wird. Die zuletzt genannten schwangeren Arbeiterinnen dürfen nach § 137, Absatz 3 der Gewerbeordnung nicht mehr beschäftigt werden, außerdem beziehen sie nach der sozialen Gesetzgebung Wochengeld. Gleiches würde übrigens gelten, wenn etwa sich in anderen Industriezweigen Arbeiterentlassungen nicht machen sollten. Gehen die Arbeitgeber in der angegebenen Weise vor, so werden nicht nur alljährliche Härten für die Arbeiterschaft vermieden, sondern es wird auch die Zahlung von Erwerbslosengeldunterstützung aus öffentlichen Mitteln erspart.“

Notlage der Sozialrentner. Die sächsische Invaliden-Organisation hat an die Reichsregierung und den Reichstag folgenden Antrag gestellt: „Die Reichsregierung und der Reichstag wollen beschließen, schleunigst Mittel zu bewilligen, um die Sozialrentner vor dem Hungertode zu bewahren, jeder Tag, welcher anbricht, bringt neue Opfer von Hunger und Mitleid der Invaliden, was keinesfalls im Sinne der Reichsregierung liegen kann. Wir können nicht glauben, daß der Reichsregierung dieses Massenelend gleichgültig sein kann, deshalb eruchen wir um schleunigste Hilfe, wenn sich die Reichsregierung nicht eines Massenelends durch die Sozialrentner schuldig machen will. Gleichzeitig verlangen wir eine Vertretung als Beirat im Sozialausschuß.“

Verkehr mit Milch. Nach der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 (RGBl. S. 498) ist es u. a. verboten, Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Eritischungsräumen zu verarbeiten. Im Juni-Verhandlungsfalle machen sich die Inhaber derartiger Betriebe strafbar; ebenso machen sich Händler, die solche Betriebe betreiben, strafbar.

Diebstähle. In der Nacht zum 28. Oktober sind Diebe in den Laden der Geschäftsinhaberin Weing in der Carolastraße eingedrungen und haben weißen Damast, blauen Trenchenstoff, weißen Stoff, Schürzenstoff, Hemdentuch und Taschentücher im Werte von über 60 000 Mark gestohlen. — Bei einer Firma Stahl der 19-jährige Markthelfer G. 2. Kisten Macarone von je 30 Pfund im Werte von 50 000 Mark und verkaufte sie an einen Unbekannten für 18 000 Mark, bezahlte davon Schulden und verjubelte den Rest. Der Diebstahl kam zur Haft. — Aus der verfallenen Hausflur des Kolonialwarenhandlers Reismann wurden nachts eine Kiste Seife im Werte von 5500 Mark und eine Kiste Reis im Werte von 9800 Mark gestohlen.

Landtagswahlbewegung.

Wahlerversammlung der deutschen Volkspartei. Die von Anhängern aller Parteien zahlreich besuchte Versammlung, die am 30. Oktober im Bürgergarten stattfand, wurde von Schriftleiter Felder geleitet. Der Vortragende, Professor Dr. Hermann, Werdau, sprach in ca. 15-minütiger Rede über „2 Jahre sächsische Politik und Landtagswahl“. Er schilderte zunächst die Regierungsbildung bei dem Ausbruch des alten Landtages, aus der hervorging, daß die Linksparteien von Anfang an bestrebt waren, eine einseitige Klassenregierung zu führen und die andere Hälfte des Volkes an die Wand zu drücken. Dadurch habe diesem Landtag schon von Anfang an der Todeskeim angehaftet. Um die Kommunisten bei guter Laune zu erhalten, habe man diesen gegenüber eine große Schwäche bewiesen. Dadurch habe man langsam aber sicher die Staatsautorität untergraben. Die Beamtenstellen wurden vielfach nach der Parteizugehörigkeit zu der Sozialdemokratie befeht und eine Gesinnungsschnitzerei sei ebenfalls eingezogen. Dies sei mit einer gesunden Beamtenpolitik nicht vereinbar. Eine große Religionsfehde habe die Regierung durch die Schulgesetze und die Religionserlasse bewiesen, die den in Frage kommenden Reichsgesetzen direkt zuwiderstehen. — Der Redner erörterte weiter den Ausbau der Schule, die Frage der Lehrerausbildung usw. Für die notleidenden Rentner hatte er warme Worte und forderte eine großzügige Unterstützung dieses schwer ringenden Volksteiles. Wo sei die Regierung in der Bekämpfung des Wuchers, der Teuerung geblieben? Hierauf wandte er sich den wirtschaftlichen Fragen zu und betonte, daß das Grundübel unserer wirtschaftlichen Abwärts der Verfall der Preisverträge sei. Das deutsche Volk habe seinen Militarismus geschlagen, um den fremden Militarismus bezahlen zu müssen. Auch den Kuratistat sei sehr klar, daß ein Staat ohne Macht nicht bestehen könne. Reicher Weisfall folgte dem Vortrag. In der anschließenden Sprache zwei Mehrheitssozialisten, Stadtverordneter Lorenz und Stadtrat Hegler, und fünf Kommunisten. Gegen 1 Uhr nachts wurde die Versammlung durch ein Schlusswort von Prof. Herrmann, der die hauptsächlichsten Angriffe der Gegner widerlegte, beendet.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz im Christlichen Metallarbeiterverband. Am vergangenen Sonntag fand in Lauter eine Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der in der Kaut Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes zusammengeschlossenen Ortsgruppen statt. Die Konferenz nahm zunächst den vom Bevollmächtigten erstatteten Bericht vom 8. Vierteljahr entgegen, dem sich eine lebhaft vom Geiste der Einmütigkeit getragene Aussprache anschloß. Von allen Rednern wurde

besonders der gute Fortschritt begrüßt und gelobt, auch weiterhin in diesem Geiste zu arbeiten. Zum 2. Punkte wurde über Lohnfragen gesprochen. Auch hier zeigte sich volle Einigkeit zwischen Verbandsleitung und Mitgliedern. Als 3. Punkt wurde das Beitragswesen behandelt. Einstimmig wurden die von einer engeren Kommission vorgeschlagenen erhöhten Beiträge beschlossen und damit gezeigt, daß aller bewährter Geist der Opferwilligkeit die Reihen der christlichen Metallarbeiter befeht. Nachdem man noch die Lage in den einzelnen Orten und Betrieben besprochen hatte, schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem Appell an die Delegierten, nun auch weiterhin in diesem Geiste der Einmütigkeit zur Stärkung des Verbandes beizutragen. Dann brauche uns um die Zukunft nicht bange zu sein.

Konzerte.

Die Kammermusikabende des Galtrias in der Volkshochschule Aue, die im Vorjahre immer wachsenden Zuspruch fanden, beginnen am Dienstag, den 7. November in der Oberrealschule mit einem deutschen Abend, an dem das Trio Huber von Schubert, eine Sonate für Klavier und Cello von Beethoven und das Trio B-moll von Mendelssohn geboten werden. Da die Künstler abends wieder nach Chemnitz zurückfahren wollen, muß der Beginn auf Punkt 7 Uhr gelegt werden.

Johannesevangelium. Wegen Verfalls zum Verbrechen wider das Leinwand haben wurden der Arzt Dr. U. und der Apotheker H. gefänglich eingesperrt. In der gleichen Angelegenheit ist bereits eine 21-jährige Handarbeiterin verhaftet worden.

Halbesfelde. Zur Dislokation. Unserer Stadt hat in den letzten Tagen ein in Amerika anlässiger Halbesfelde Zeitungsvorleger den ansehnlichen Betrag von 450 000 Mark an Stadtverordnetenvorsitzer Roth in hochherziger Weise eingekauft.

Kannberg. Junge Diebe. Durch die Kriminalpolizei wurden mehrere jugendliche Diebe ermittelt, die ihren Väterherren nach und nach Waren im Gesamtwerte von mehr als 100 000 Mark gestohlen und weiterverkauft hatten. Auch die Abnehmer des gestohlenen Gutes dürften wegen Verdachts der Dieberei die Verichte beschuldigen.

Chemnitz. Große Unterschlagungen. Der Strumpf- und Textilwarenhändler Walter Reinhold ist nach Unterschlagung von 885 000 Mark flüchtig geworden. Reinhold hat diesen Betrag von vier Chemnitzer Firmen als Anzahlung für versprochene Strumpfwarenlieferung erhalten. Er hat auch für 445 000 Mark Waren mitgenommen, die er wahrscheinlich noch veräußern wird. Reinhold soll sich nach Erfurt gewandt haben.

Letzte Drahtnachrichten.

Stellung Rathenaus.

Berlin, 2. November. In der gestrigen Sitzung der Wilmsdorfer Bezirksversammlung wurde der Antrag auf Umbenennung der Königallee in Rathenauallee sowie auf Errichtung eines Rathenauedenksteins an der Nordseite erledigt. Bezirksverordneter Bahn (A. Sp.) teilte mit, die Familie Rathenau sei nach einer Unterredung, die er selbst mit den nächsten Angehörigen der Ermordeten gehabt habe, sowohl gegen die Umbenennung der Königallee als auch gegen die Errichtung eines Gedenksteins. Die Familie plane als Ehrung für den Heimgegangenen die Villa Rathenau mit allen Möbeln, Bildern und Kunstschätzen dem Reich als dauernde Stiftung zu überweisen. Der von den Sozialdemokraten und Demokraten aufrechterhaltene Antrag wurde darauf abgelehnt.

Markhabilitation nur durch Auslandsanleihe möglich.

Berlin, 2. November. Bei den gestrigen Besprechungen mit der Reparationskommission lag den Aufstellungen des Reichsfinanzministers Herms über den deutschen Standpunkt zur Frage der Markhabilitation folgender Gedankengang zugrunde: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung kann nur auf der Basis eines Goldfonds durchgeführt werden. Da eine Inanspruchnahme des Goldschatzes der Reichsbank nicht in Frage kommt, so bleibt nur übrig, zu diesem besonderen Zweck, also nicht für allgemeine Reparationszwecke ein Goldanleihe ins Ausland aufzunehmen. Barthou richtete verschiedene Fragen an Herms und bezieht sich vor, zu einigen Punkten noch besonders Stellung zu nehmen. In Anwesenheit der Reparationskommission verläutet, daß ihr Aufenthalt in Berlin mindestens wohl bis Ende nächster Woche dauern werde. Man in unterrichteten Kreisen annimmt, werde die Reparationskommission irgendwelche Entscheidungen in Berlin selbst nicht treffen. Die Diskussion über eine internationale Reparationsanleihe und ein Vortorium werde vielmehr der großen Bräufeler Konferenz überlassen werden.

Eine Erklärung Kubendorffs.

Berlin, 2. November. General Kubendorff bittet um Veröffentlichung folgender Erklärung: Von Kräften, die im Verborgen und in verschiedenen Gewändern gegen das Wohl unseres Vaterlandes arbeiten, wird die Behauptung verbreitet, daß politische Wordingeschäfte in der Wehrmacht liegen, von der ich eine Wiederherstellung befehlen erhoffe. Solche Behauptungen gehören zu jener Lüge, durch die wegen ihres ergötzlichen und vaterländischen Witzens wir nahestehenden Verbände, z. B. der Verein nationaler Soldaten, des Jungdeutschen Ordens dem Geis des Schutzes des Republikanismus Opfer gefallen sind. Man sollte endlich wissen, daß ich einen Wordingeschlag oder Gewaltakte gegen Männer, die ihr Wirken dem Wohl des Vaterlandes gewidmet haben, als eine Beschuldigung gegen die Wiederherstellung befehlen betrachte. Diese Männer sind Träger eines Systems, zu dessen Bekämpfung, auch wenn es selbst seine Macht gewalttätig mißbraucht, andere Mittel dienen. Hierbei steht für mich an erster Stelle die Einigkeit der nie weit genug reichenden vaterländischen fühlenden Kreise und ihr geschlossenes zielgerichtetes, kraftvolles Wollen und Handeln in des klaren Erkenntnis ihrer Pflicht: Erlangung des entscheidenden Einflusses auf politische, wirtschaftliche, soziale und ethische Gebiet, vor jeder Selbstsucht der Parteien, von Verbänden und des Einzelnen. Nur so allein kann es gelingen, die Schwächen zu überwinden, die sich

von außen und innen unserer Wiederbegehr auf allen Gebieten unserer politischen und wirtschaftlichen Freiheit, der Freiheit und dem Vertragsbruch unserer Arbeit, der freien Betätigung des Einzelnen und letzten Endes der Erhaltung des nackten Lebens des deutschen Volkes und des Lebens eines jeden Deutschen entgegenstellen. (Ludendorff).

Republik Türkei proklamiert. Der Sultan abgesetzt.
Paris, 2. November. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel proklamiert auf Vorschlag von Nispet Ziya Bey die große Nationalversammlung am Sonntag nach einer bis Mitternacht währenden Debatte die Absetzung des Sultans. Khalim Karabekir Pascha sei zum Generalgouverneur in Konstantinopel ernannt und aufgefordert worden, sich sofort dorthin zu begeben, um sein Amt zu übernehmen. Die Nationalversammlung bestimmte für

den Sultan seinen Nachfolger, behält sich aber vor, einen Staatschef ohne dynastisches Recht zu wählen. Die Wahl solle das Volk für souverän erklären und beschließen, die Bezeichnung „osmanisches Reich“ durch „islamischen Staat“ zu ersetzen, was der Proklamierung der Republik gleichkomme.

Der italienische Botschafter in Berlin.
Berlin, 2. November. Von der hiesigen italienischen Botschaft geht uns folgende Mitteilung zu: Gleich nach der Bildung des neuen italienischen Kabinetts hat der italienische Botschafter in Berlin, Senator Frassati in Anbetracht der veränderten politischen Lage sein Rücktrittsgesuch beim Ministerium des Aeußeren in Berlin eingereicht.

Lloyd George erkrankt.
London, 2. November. Lloyd George leidet an einer Erkältung und muß sich mehrere Tage Ruhe gönnen. Seine Reise nach Bristol ist aufgegeben worden. Statt seiner wird Lord Birkenhead dort sprechen.

Krieg im Riesengebirge beendet.
Breslau, 2. November. Auch im Riesengebirge, einem Vorgebirge des Riesengebirges, sollen Verhandlungen beendet werden. Im kommenden Frühjahr soll mit den praktischen Übungen begonnen werden. Es sind bereits einige Preise für bestimmte Flugleistungen ausgesetzt.

Neue Kuffen in Irland.
London, 2. November. In Irland griff eine Abteilung Kuffenbändler mit Unterstützung eines Wagens die Station von Galway an und zwang sie zur Uebergabe. Auf beiden Seiten gab es mehrere Tote. 80 Mann Regierungstruppen wurden gefangen genommen.

Der Dollarkurs notierte heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 4750.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Seemann. Druck u. Verlag: Kurt Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Aus.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Beamte und Angestellte!

Euch sind Versprechungen gemacht worden, die niemals erfüllt werden können. Das wissen Eure Führer selbst genau; aber sie wagen nicht, es offen zu bekennen; sie haben Euch den Klassenkampf gebracht und damit die Zerrissenheit unseres Volkes, die Schuld ist an unserem ganzen Unglück!

Eure Führer sind meist Nichtdeutsche und Ausländer!

Darum los von ihnen!

Warum seid Ihr nicht auch national gesinnt, wie alle Arbeiter aller Nationen? Ein Volk, das kein Vaterland kennt, geht unter! Wir können nur wieder hochkommen, wenn wir national denken und handeln auf dem Boden des Christentums! Die Deutschnationale Volkspartei kämpft aufrecht und ohne Schwanken um die nationale Einheit unseres Volkes! Unser engeres Vaterland Sachsen voran in diesen Kämpfen! Nur durch eine nationale Geschlossenheit erringen wir uns wieder Achtung im Ausland! Ehre! Freiheit und Brot!

Darum aufrecht und deutsch! Wählt Deutschnational!

Liste 3 Beutler, Eberle, Leithold.

Deutschnationale Volkspartei.

Apollo-Bichtspiele Ave.

Lichtspieltheater ersten Ranges.
Bahnhofstraße 17. (ALA) Fernruf 708.

Bretel bis Montag, den 3. bis 6. November, der große Stuart Webbs-Kolossal-Detektiv-Film:

DER GROSSE CHEF

6 Akte von Ernst Reicher und H. Schrotzauer
Von der Hauptrolle: Ernst Reicher als Stuart Webbs.

Kinder der Finsternis

Wort-Monumentalfilm in 3 Akten. 2. Teil: Kämpfende Welten.
3. Teil: Hauptdarsteller: Hans Alvensleben, Gert Hegele, Maria Vetto.

Diergu: Chaplin bei der Feuerwehr

Eine Chaplin-Liebe in 2 Akten.
Der weltberühmte Komiker Chaplin, der uns durch seine genialen Leistungen in den verschiedensten Rollen zu begeistern vermag, tritt hier in der Rolle eines Feuerwehrmannes auf. Die Komik ist hier in der höchsten Form der Kunst dargestellt. Täglich Anfang 8 Uhr; Sonntags ab 4 Uhr. Letzte Vorstellung gegen 9 Uhr.

Freibant Schlachthof Ave

Morgen Freitag nachmittag von 2-4 Uhr
Verkauf von minderwertigem Rindfleisch.

Achtung!

Achtung! Achtung!

Wer bezahlt die höchsten Preise

für Lumpen, Papier, Flaschen,
Alt-Eisen und Metalle?

Richard Spiegel, Ave,
Kuechenmoorstraße 25.

Damenhalbwäsche u. Stoffe.

Herrenhemden, Kleiderstoffe, Blusenstoffe, etc.

Samenhalbwäsche u. Stoffe,
Kleidstoffe mit Sammelstoff,
sowie alle anderen Artikel
kaufen Sie in nur konkurrenz-
losen, besten Qualitäten zu
solchen Preisen bei:

Ernst Kordinsky,
Schubhaus, Reichstr. 12.

Tüchtiger
Metalldrücker

für Schwarzblech
zum sofortigen Antritt gesucht.
Herrmann Dräger u. Co.
Werl Raumburg Gesele.

Am 25. und 26. Oktober sind aus meinem Laden, Carolstraße 7a, entwendet worden:

- 47 m breiter, gebil. Bettendamast,
- 30 m Schürzenstoff,
- 20 m Hemdentuch,
- 9 m Hemdenstoff,
- 6 m Kammgarn, mar.,
- 20 m hellblauer Kleiderstoff,
- 9 1/2 m weißer Ballstoff,
- 4 Dbd. Cashmeres, weiß.

Wer Angaben darüber macht, daß der Täter gefasst und die obigen Waren wiedererlangt werden können, erhält eine Belohnung von Mt. 20000.-

Wahrnehmungen bitte zu melden bei Kriminal-Abteilung Ave, Weitzstr. 1, oder auch an mich.
Muss, 2. Novbr. 1922. Elsa Heing.

Gewissenhafte Männer oder Frauen

zum Austragen von Flugblättern und Stimmgeldern für Freitag und Sonnabend und zur Verteilung von Stimmgeldern an Wahllokale für Sonntag gesucht.

Deutsche demokratische Partei.
Meldungen Freitag früh in der Geschäftsstelle bei St.

Gesucht wird tücht. Kraft

in Vertretung für die Fabrikation von Herrenwäsche Spezialartikel Stofftragen.

Es kommen nur Bewerberinnen in Frage, die mit dieser Fabrikation voll und ganz vertraut sind. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnissen unter „N. Z.“ 4:00 an das Russ. Tageblatt erbeten.

Ehrliches fleißiges Dienstmädchen od. Aufwartung

für den ganzen Tag sucht
Frau M. Welner, Weitzstr. 81b.

Laufungen

gesucht.
Buchdruckerei Pisanick
Weitzstr. 10.

Laufungen,

nicht unter 18 Jahren,
sucht sofort
Carl Stapp, Buchhandlung.

Kinderbettstelle

in Vertretung gesucht.
an die Geschäftsstelle, b. St. erbeten.

Kopfhaarwässer

in großer Auswahl
empfehlen preiswert
Stern & Gauger
Kopfe- u. Parfümfabrik, Ave
Weitzstr. 48, am Weitzplatz

Kleine Fabrik

mit Kraft u. Wohnung
zur Verlegung bestmöglicher
Anbittler gesucht. Schrift-
liche Mitteilungen bei Weitzstr.
Weitzstr. 48, am Weitzplatz, b. St. erbeten.

Dank

allen für ihre Teilnahme durch Geschenke und Geleit zum letzten Gang. Dir, lieber Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft“ nach.

Frau verw. M. Frenzel
und alle Angehörigen.

Wähler und Wählerinnen



wählt Deutschnational!

Liste 3 Beutler — Dr. Eberle — Leithold.

Das Vaterland über die Partei! Die jetzige Regierung ist eine Parteiregierung; sie hat nichts wieder aufgebaut, sie hat alle Autorität und alle Ordnung zerfallen. Auf allen Gebieten Niedergang! Sie hat Andacht und Gebet, das köstliche Gut für das kindliche Gemüt unserer Kinder aus dem Herzen gerissen.

Wohin soll das führen? So kann es nicht weitergehen!

Wie in jedem Beruf, so erst recht in die Regierung gehören gelehrte Männer und Fachleute, aber nicht Parteifunktionäre, die uns um alle Achtung und alles Ansehen in der Welt gebracht haben.

Die Liebe zum Vaterland und nationaler Geist, nationales Handeln sind die Grundlagen für das Gedeihen eines Staates und Volkes! Das Christentum ist der Grundpfeiler aller Kultur, Ordnung und Moral! Daher bleibt fest auf dem Boden des Christentums, zurück zu ihm!

Arbeiter! Alle Arbeiter aller Nationen fühlen und handeln national! Warum nicht auch Ihr?

Los von der Verführung durch nichtdeutsche Elemente!

Arbeiter, Beamte, Angestellte! Die Praktiken der jetzigen Regierung sind direkt produktionshindernd, sodas Arbeitslosigkeit die Folge sein muß!

Wollt Ihr einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens —

dann wählt: Deutschnational, Liste 3.

Die deutschnationale Partei ist die stärkste bürgerliche und die einzige wirklich nationale Partei; sie blieb aufrecht, ihren Grundfragen treu und ihr Weg hat sich als der richtige erwiesen! — Nur durch sie und mit ihr ist ein Wiederaufbau, eine Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse möglich!

Darum stärkt die deutschnationale Partei! Geht alle zur Wahl, was heiligste Pflicht ist

wählt Deutschnational! Liste 3

Beutler, Dr. Eberle, Leithold.

Männer und Frauen! Wählt alle die Deutsche Volkspartei!

Sie lehnt ab:

Jeden gewaltsamen Umsturz in Wirtschaft, Schule und Erziehung, alle auf haltlose Theorien und Parteidogmen sich stützende Experimente in Staat und Gemeinden, in Wirtschaft und Bildung, die, anstatt vorwärts, rückwärts führen, die, anstatt Werte zu schaffen, Werte vernichten, jede Einengung u. Beschränkung in der Wirtschaftsführung, die uns in der Gesamtheit täglich ärmer machen müssen.

Sie will:

die fortschrittliche organische Entwicklung auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, die Erhaltung und Stärkung der führenden Einzelpersonen, die anstoß- und richtunggebend wirken auf allen Gebieten der Lebenshaltung und Lebensführung, die freie Willensbetätigung und Arbeitsleistung in jedem Stand und Beruf, damit wir wieder erarbeiten können, was wir verloren haben.

Wählt alle die Liste 6 Hübschmann, Schmidt, Meinel, Hermann, Voigt, Mitschke!



Denkt daran: Wähler, Wählerinnen!

versucht hat, die marx. Staatsidee in die Wirklichkeit umzusetzen. So steht die Wirklichkeit aus. Lenin hat selbst bekannt: „Die Parteiführer, Propagandisten und Agitatoren haben die sozialdemokratischen Bürger vorangetragen, die aber nicht gehört wurde, wählt:

So ruft Euch das deutschnationale Volk entgegen. Was bedeutet der Totenkopf mit der mit rotem Sowjetstern geschmückten Mütze, der mit teuflischen Grinsen die angerichtete Vermüstung sieht? Er zeigt Euch das Ende des Weges, auf dem sich die sozialistischen Parteien und ihre Helfer befinden, die letzte Folge des marx-sozialistischen Staates, wie sie heute Rußland darstellt, das Land, das die russische Not, russisches Elend im Vaterlande.

Wähler und Wählerinnen, wollt Ihr Euch mitschuldig machen an diesen Verbrechen? Wollt Ihr Leben und Existenz Eurer Brüder und Schwestern, Eurer Kinder und Kindeskinde vernichten? Nein, stützt die größte bürgerliche Partei im Reich und in Sachsen weiter, damit sie Einfluß im neuen Landtag gewinnt, wählt die deutschnationale Volkspartei, die unsere Not den sozialdemokratischen Bürgern vorausgesetzt hat, die aber nicht gehört wurde, wählt:

Deutschnationale Volkspartei, Liste: Beutler, Eberle, Leithold.

Die Arbeitsgemeinschaft Schwarzberg der deutschnationalen Ortsgruppen aus, Eisenfeld, Johannsgergenstadt, Schneberg, Schwarzberg.

... daffen ... und ... ein ... nicht ... tigen ... seiner ... Anru ... hat ... giale ... Hand ... das ... tarße ... Gran ... sinne ... das ... fen ... worts ... nur ... seine ... eigen ... der ... durch ... wählt ... darü ... die ... Nach ... hört ... ten ... weiche ... sende ... für ... durch ... erster ... ter ... ment ... ren ... licher ... letzte ... Romm ... solang ... gläub ... schied ... Mißge ... Winif ... es no ... solcher ... lid ... täten ... es sch ... nicht ... würde ... fähig ... sagen ... des ... aber ... sich ... der ... einseit ... am ... und ... Bei ... bliebe ... lerche ... fogen ... sozial ... dung ... bemoh ... gedau ... dem ... so ... Geant ... zu ... die ... dung ... gegen ... mofa ... fast ... polit ... Stome ... waring ... De ... polit ... und ... die ... ein ... bem ... unbes ... bruch ... gal ...